

POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT

Projektland: Ungarn

Datum: 14. Oktober 2014

Kommunalwahlen in Ungarn

Wie bei allen vorangegangenen Wahlen in Ungarn seit Herbst 2006 ist am 12. Oktober 2014 die Regierungspartei *Fidesz – Magyar Polgári Szövetség* (dt. Ungarischer Bürgerbund, FIDESZ) als klare Siegerin aus den Kommunalwahlen hervorgegangen. Die aus FIDESZ und der *Kereszténydemokrata Néppárt* (dt. Christlich-Demokratische Volkspartei, KDNP) bestehende rechtskonservative Parteien- und Regierungsallianz gewann die Kommunalwahlen in 17 von 23 Bezirken der Hauptstadt Budapest sowie in allen 19 Komitatsversammlungen des Landes. Außerdem gehen 20 der insgesamt 23 Städte mit Komitatsrechten (alle Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern) an FIDESZ-KDNP.

Die rechtsradikale Partei *Jobbik Magyarországért Mozgalom* (dt. Bewegung für ein besseres Ungarn, JOBBIK) bestätigte sich als zweitstärkste politische Kraft des Landes. JOBBIK wurde in 17 von 19 Komitaten zweitstärkste Partei und stellt landesweit insgesamt 13 Bürgermeister, meist in kleineren Gemeinden.

Die linken und linksliberalen Oppositionsparteien und Parteibündnisse des Landes sind weit abgeschlagen. Kandidaten der *Magyar Szocialista Párt* (dt. Ungarische Sozialistische Partei, MSZP), der *Demokratikus Koalíció* (dt. Demokratische Koalition, DK), der *Párbeszéd Magyarországért Párt* (dt. Partei Dialog für Ungarn, PM) und der *Együtt – a Korszakváltók Pártja* (dt. Gemeinsam – Partei der neuen Ära, EGYÜTT) gelang nur in zwei Komitathauptstädten und fünf Budapester Stadtbezirken ein Sieg. Grüne (bspw. *Lehet Más a Politika*, LMP) und Liberale (bspw. *Magyar Liberális Párt*, MLP) blieben bei den Wahlen weitgehend erfolglos. Die Wahlbeteiligung lag im landesweiten Durchschnitt bei etwas über 44 Prozent.

Bei den Kommunalwahlen am 12. Oktober 2014 wurden in insgesamt knapp 3.200 Gemeinden Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte neu bestimmt. Zur Wahl standen insgesamt über 60.000 Kandidaten. Wahlberechtigt waren rund acht Millionen Bürger in 19 Komitaten, 23 Städten mit Komitatsrechten und den 23 Stadtbezirken Budapests.

Im Vergleich zu den letzten Kommunalwahlen im Jahr 2010 konnten die Regierungsparteien ihre Position landesweit behaupten. Sie haben die Mehrheit der Mandate in allen Komitatsversammlungen errungen. In der Hauptstadt Budapest mit rund 1,4 Millionen wahlberechtigten Bürgern erzielte der FIDESZ-Oberbürgermeisterkandidat, István Tarlós, Amtsinhaber seit 2010, mit über 49 Prozent fast die Hälfte aller abgegebenen Stimmen.

Im Wahlkampf wies Tarlós wiederholt darauf hin, dass unter anderem die Fertigstellung der Metrolinie 4, die Erneuerung der Fahrzeugflotte der städtischen Verkehrsbetriebe und die Erneuerung der städtischen Abwasserkanäle ihm zu verdanken sei. Tarlós bedankte sich in einer kurzen Rede am Wahlabend für das Vertrauen der Bürger und betonte, dass die Budapester Stadtführung den eingeschlagenen Weg fortsetzen werde. Er kündigte bereits im Vorfeld seiner Wiederwahl unter anderem an, die großen Brachflächen einer ehemaligen Gasfabrik in Óbuda und die des Josefstädter Bahnhofsareals nutzbar zu machen, eine elektronische Stausteuerung in Budapest zu installieren und die dringend notwendige Erneuerung der Metrolinie 3 voranzutreiben.

Der Gemeinschaftskandidat der linken und linksliberalen Oppositionsparteien für das Amt des Budapester Oberbürgermeisters, der ehemalige Finanzminister Lajos Bokros, blieb mit 36 Prozent der Stimmen weit hinter Tarlós. In Anbetracht der widrigen Umstände überraschte der "konservative" Kandidat der vereinten Linken dennoch. Obwohl linke und linksliberale Parteien in der Hauptstadt Budapest traditionell stark sind und sie im Falle ihrer Einigkeit möglicherweise sogar Chancen auf einen Wahlsieg gehabt hätten, bot die Opposition über Monate hinweg ein Trauerspiel.

Wenige Tage nach der Wahlniederlage bei den ungarischen Parlamentswahlen im April (s. Hintergrundbericht vom 8. April 2014) war die Allianz der zahlreichen linksliberalen Oppositionsparteien – darunter die frühere Regierungspartei *Magyar Szocialista Párt* (dt. Ungarische Sozialistische Partei, MSZP), die *Együtt – a Korszakváltók Pártja* (dt. Gemeinsam – Partei der neuen Ära, EGYÜTT), die *Párbeszéd Magyarországért Párt* (dt. Partei Dialog für Ungarn, PM) und die *Demokratikus Koalíció* (dt. Demokratische Koalition, DK) des ehemaligen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány (2004-2009) – auseinandergebrochen. Bei den folgenden Wahlen zum Europäischen Parlament traten die Parteien des linken und linksliberalen Spektrums einzeln und gegeneinander an. Entsprechend schwierig gestaltete sich schließlich die Einigung auf einen gemeinsamen Spitzenkandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters von Budapest.

Nachdem der ehemalige Amtsarzt Ferenc Falus (EGYÜTT) Ende August endlich als gemeinsamer Kandidat nominiert worden war, fiel dieser vor allem durch ungeschickte Medienauftritte auf. Er trat Ende September, weniger als zwei (!) Wochen vor dem Wahlgang, von seiner Kandidatur zugunsten von Bokros zurück,

dem rechtsliberalen Oberbürgermeisterkandidaten der *Modern Magyarország Mozgalom* (dt. Bewegung für ein modernes Ungarn, MoMa). Bokros' MoMa bezeichnet sich selbst jedoch als "konservative, freiheitliche, europäische und der Nation verpflichtete Mitte-rechts-Partei" und wurde daher nur von einem Teil der Linken unterstützt.

In Budapest gingen fünf Bezirke an MSZP, DK, EGYÜTT-PM bzw. je eine Allianz daraus und zehn der insgesamt 33 Sitze in der Stadtversammlung. Außerhalb der Hauptstadt Budapest schnitten linke Oppositionsparteien bei den Kommunalwahlen deutlich schlechter ab. Lediglich in zwei Komitatshauptstädten gelang es, die Bürgermeisterwahlen zu gewinnen (Szeged und Salgótarjan). Landesweit stellt MSZP 19 Bürgermeister, das Linksbündnis (nicht immer aus allen drei Parteien bestehend) neun, die DK drei und die EGYÜTT-PM zwei.

Wie bereits bei den Parlamentswahlen (20,54 Prozent) beziehungsweise Europawahlen (14,68 Prozent) im Frühjahr hat sich die rechtsradikale JOBBIK als größte Oppositionspartei des Landes etabliert. Bei den Kommunalwahlen vor vier Jahren konnte JOBBIK in drei Ortschaften den Bürgermeister stellen und erwarb seitdem bei vorzeitigen kommunalen Neuwahlen acht weitere Bürgermeisterposten. Am vergangenen Sonntag gelang es der Partei, landesweit insgesamt 13 Bürgermeister direkt zu bestimmen sowie rund zehn weiteren, parteilosen Kandidaten ins Amt des Bürgermeisters zu verhelfen, die dem rechtsextremistischen Milieu zuzurechnen sind und von JOBBIK unterstützt wurden.

Während in der Vergangenheit vor allem die strukturschwachen Regionen im Nordosten des Landes Hochburgen der JOBBIK waren, ist die Partei inzwischen landesweit etabliert und nun in 17 von 19 Komitaten zur zweitstärksten politischen Kraft nach FIDESZ-KDNP geworden. Dies ist auf den schrittweise vollzogenen Imagewechsel der Partei zurückzuführen. Offen radikale Äußerungen innerhalb JOBBIKs sind seltener geworden. In allen drei Wahlkämpfen des laufenden Jahres ging man offensiv auf unentschlossene und enttäuschte Wähler beider Lager zu. Inzwischen sind nicht mehr geringqualifizierte, oft arbeitslose Systemverlierer im Nordosten Ungarns die typischen JOBBIK-Wähler, sondern gut ausgebildete, junge Menschen, die sich um ihre gesellschaftliche Position und Zukunft sorgen.

Dr. Martin Axmann

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Budapest, Ungarn

IMPRESSUM

Erstellt: 14. Oktober 2014

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2014

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de